

Sachverständige bestätigen: Kinder dürfen auch laut sein

Bau- und Verkehrslärm scheint eher akzeptiert zu sein als lautes Spielen. Kinder brauchen Platz und Bewegung um zu lernen. Über das Spiel entwickeln sie ihre motorischen Fähigkeiten und sie reifen zu selbstständigen Persönlichkeiten. In den Städten gibt es jedoch immer weniger Platz zum Spielen, auf den Straßen lässt der zunehmende Autoverkehr kaum noch Möglichkeiten zum Bewegen. Die defizitäre Rechtsposition von spielenden Kindern verstärkt diesen Trend der Stadtentwicklung - dem muss entschieden entgegengetreten werden.

Die öffentliche Anhörung im Umweltausschuss zur Änderung des Bundesim-

missionsschutzgesetzes bestätigt, dass Geräuscheinwirkungen, die von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen ausgehen, im Regelfall keine schädlichen Umwelteinwirkungen sind.

Kinderlärm ist zwingender Teil der kindlichen Entwicklung. Als solcher muss er von der Gesellschaft hingenommen werden. Im Hinblick auf den demografischen Wandel ist er sogar wünschenswerter denn je. Dennoch wird Kinderlärm im Einzelfall erfolgreich beklagt. Dem wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf jetzt ein Riegel vorgeschoben.

Kinderkommission veranstaltete Symposium zu Kinderrechten

Seit nunmehr 20 Jahren wird in Deutschland über die Aufnahme von expliziten Kinderrechten in das Grundgesetz und die rechtliche Umsetzung der von der Bundesrepublik ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention diskutiert. Inzwischen hat sich ein breites Aktionsbündnis aus UNICEF, Kinderschutzbund und Kinderhilfswerk gegründet, das mit Unterstützung von über 100 Vereinen und Verbänden die Verankerung der Rechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung für Kinder fordert. Auf einem Symposium am 14. Februar, das unter der Schirmherrschaft der Kinderkommission des Deutschen Bundestages stattfand, wurden die Argumente dafür nochmals unterstrichen.

Obwohl diese Konvention mit der Ratifizierung in Deutschland geltendes Recht ist, wird sie in der Realität von Verwaltungen und Ge-

richten aber auch von der Politik noch lange nicht in vollem Umfang umgesetzt. Die jüngsten Debatten um ein Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder im Hartz IV- Bezug, das diesen Namen wegen seiner viel zu geringen Ausstattung nicht verdient, machen dies auf traurige Weise deutlich. Selbst ein vernichtendes Bundesverfassungsgerichtsurteil hat nicht dazu geführt, dass Kinder aus einkommensarmen Familien eine existenzsichernde Grundsicherung erhalten. Kinderrechte mit Verfassungsrang sind also notwendiger denn je. Deshalb fordert DIE LINKE insbesondere die CDU/CSU-Fraktion auf, ihre Blockadehaltung zu überdenken und sich der Diskussion zu Kinderrechten nicht länger zu verweigern. Kinder brauchen mehr als nur warme Worte. Es ist endlich Zeit zu Handeln.

Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030 / 22 77 23 29
Fax: 030 / 22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow
Fon: 0 33 85 / 49 45 21
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros
finden Sie unter: www.diana-golze.de

Newsletter 3

März 2011, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

die Atomenergie war schon in den letzten Monaten auf dem absteigenden Ast. Die Auseinandersetzungen um die Laufzeitverlängerung sind dafür deutlicher Beleg. Nun hat die Anti-Atom-Bewegung durch die Geschehnisse in Japan neuen Antrieb bekommen - denn nun wird sie nicht nur von immer schon interessierten Menschen wahrgenommen, sondern von der breiten Öffentlichkeit. Leider mussten dafür erst viele Menschen in Japan ihr Leben lassen. Nach einer aktuellen Umfrage halten es 70% der Deutschen für möglich, dass es auch in Deutschland zu einem Reaktorunglück kommen könnte. Deshalb bedeutet das Drama in Japan eine Zäsur für Deutschland. Wir müssen endgültig raus aus der Atomenergie. Deshalb fordert DIE LINKE nicht nur die sofortige Abschaltung der sieben alten Meiler, sondern den unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomenergie. Wir wollen das Verbot der Nutzung von Kernenergie darüber hinaus im Grundgesetz verankern. Wir sind uns sicher, die Mehrheit der Bevölkerung ist unserer Auffassung.

Viel Spaß beim Lesen!
Diana Golze

Spruch des Monats

Irgendwann wird hoffentlich niemand mehr von Atomenergie sprechen, außer vielleicht in dem Zusammenhang, dass wir früher dumm-gefährlich und altbacken waren.

Von wem ist das? Wir dürfen doch nicht die Quelle unterschlagen!

TERMINE

2. April, 10.00 Uhr
Regionalkonferenz im Landkreis Potsdam-Mittelmark, der Kreisverbände Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Haveland, Potsdam und Brandenburg an der Havel; Technologie- und Gründerzentrum „Fläming“, Brücker Landstraße 22b, 14806 Bad Belzig

8. April, 13.00-17.00 Uhr
Fachgespräch Bundestagsfraktion DIE LINKE, Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen?! Berlin; Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Raum E 200

15. April, 11.00-15.00 Uhr
Öffentliches Fachgespräch, Fracking – Gefährliche Bohrunge nach unkonventionellem Erdgas; Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Raum E 700

30. April, 12.30 -13.30 Uhr
Bürgersprechstunde in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN; Straße der Einheit 53, 14806 Bad Belzig

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Schwarz-Gelb verantwortlich für Niedriglöhne in Deutschland

Fast sieben Millionen Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, erhalten für ihre Arbeit nur Niedriglöhne. 1,4 Millionen Menschen müssen ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken. Ab 1. Mai 2011 droht eine neue Runde des Lohndumpings. Die noch geltenden Schutzregelungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit fallen mit diesem Tag weg. Unternehmen können dann auch Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa in Deutschland zu Niedriglöhnen einsetzen, wie sie in den jeweiligen Herkunftsländern gelten. Diese Löhne können in naher Zukunft bei zwei oder drei Euro die Stunde liegen. Daher fordert DIE LINKE wenige Tage vor der weitgehenden Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts nach Osteuropa erneut einen



allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn für Deutschland. Wir wissen, dass nach der Öffnung des Arbeitsmarkts nach Osten jedes Jahr mehr als 100.000 Menschen aus Osteuropa nach Deutschland kommen und hier Beschäftigung suchen werden. Mehr Freizügigkeit ist gut, wenn es ausreichend soziale Sicherheit gibt. Am deutschen Arbeitsmarkt fehlen die zentralen Sicherungen gegen einen Lohnunterbietungswettbewerb. Der einzige sichere und wirksame Schutz gegen Lohndumping ist und bleibt ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn. Was die Bundesregierung bisher auf diesem Gebiet abgeliefert hat, ist Arbeitsverweigerung. Schwarz-Gelb ist verantwortlich dafür, dass Arbeit in Deutschland nichts mehr wert ist.

Sicherung zur sozialen Stabilität

DIE LINKE im Deutschen Bundestag ist dem „Bündnis für eine Soziale Stadt“ beigetreten. Dieses Bündnis setzt sich für den sozialen Frieden und solidarischen Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden ein. Gemeinsame Aufgabe muss die Fortsetzung der erfolgreichen integrierten Stadtentwicklungspolitik auf der Grundlage der Städtebauförderung bleiben. Ziel muss es sein, dass das Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 2012 wieder das Niveau des Jahres 2010 erreicht. Das Programm „Soziale Stadt“ gab den Kommunen und Stadtquartieren wichtige Impulse für die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung sozial benachteiligter Stadtquartiere. Das Programm verhalf Bewohner/innen

aktiv Verantwortung für ihren Stadtteil zu übernehmen. Mit den beschlossenen Kürzungen stehen Projekte zur Integration von Migrant/innen vor dem Aus. Kommunen werden zukünftig mit diesen Problemen allein gelassen. Es kann nicht sein, dass sich die Bundesregierung ihrer sozialen Verantwortung völlig entzieht und in Zukunft nur noch in Beton, statt in die Köpfe der Menschen investiert. Die Reduzierung des Bundesprogramms „Soziale Stadt“ auf „investive Maßnahmen“ bedeutet das Aus für viele Projekte, die sich für die Integration und den sozialen Zusammenhalt stark machen.

Informationen zum Bündnis:
www.buendnis-soziale-stadt.de

Atomausstieg unverzüglich und unumkehrbar

Trotz hoher japanischer Sicherheitsstandards konnte dieser Atomunfall nicht verhindert werden. Das macht auf erschreckende Weise deutlich, dass es keine absolute Sicherheit gibt. Atomenergie ist als Zukunfts- und Brückentechnologie ungeeignet. Die Risiken müssen neu bewertet werden.

Die Atomtechnik ist im Katastrophenfall nicht beherrschbar. Das Beispiel Fukushima zeigt, dass alles Gerede der Bundesregierung über neuerliche Sicherheitsüberprüfungen der deutschen AKW wertlos ist, weil sie sich immer nur auf die vorstellbaren Gefahren beziehen. Wenn es aber keine 100%ige Sicherheit gibt und dieses so genannte Restrisiko einen atomaren GAU beinhaltet, müssen wir kompromisslos raus aus dieser Technologie der Energieerzeugung, zumal die deutschen AKW sicherheitstechnisch

ohnehin unzureichend ausgerüstet sind.

Wir brauchen ein Energiekonzept der Zukunft, das mit unabhängigen Experten, Verbänden erarbeitet werden muss und nicht mehr die Handschrift der Energiekonzerne tragen darf: dazu gehören aus LINKER Sicht u.a. ein umfassendes Energieeffizienzprogramm, ein zusätzlicher Impuls für erneuerbare Energien, eine Dezentralisierung und Ökologisierung der Energieerzeugung. Die Stromnetze gehören in öffentliche Hand und müssen für erneuerbare Energieerzeugung ertüchtigt werden. Das alles wird Geld kosten, das nicht in erster Linie die Verbraucher zu tragen haben, deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Strompreiskontrolle, die Sozialtarife und die Realisierung der Mitverantwortung der Energiekonzerne.



Zitate zur Atomdebatte

Bundeskanzlerin Angela Merkel

5.12.1994 "Im Licht des CO2-Problems ist die Kernkraft eine saubere, unter Sicherheitsaspekten verantwortbare Energie und auch für die Zukunft wichtig."

15.6.2009 "Wenn ich sehe, wie viele Kernkraftwerke weltweit gebaut werden, dann wäre es wirklich jammerschade, sollten wir aus diesem Bereich aussteigen."

12.3.2011 "An so einem Tag darf man sicher nicht sagen, unsere Kernkraftwerke sind sicher. (Pause) Sie sind sicher."

14.3.2011 "Wenn wir von der Kernenergie als Brückentechnologie sprechen, dann bedeutet das nichts anderes, als dass wir aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen möchten."

Bundesaußenminister Guido Westerwelle

28.5.2009 "Es macht überhaupt keinen Sinn, wenn Deutschland aus ideologischen Gründen aus der sichersten Kerntechnik der Welt aussteigt."

13.3.2011 "Wir haben eine Option zur befristeten Weiternutzung der Kernkraft geschaffen - aber keine Garantie zum Weiterbetrieb jedes einzelnen Kraftwerks."

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle

12.2.2010 "Wir brauchen die Kernkraft als Brückentechnologie, und diese Brücke muss lang genug sein."

14.3.2011 "Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist nicht gefährdet."

Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus

23.3.2010 "Ich bin für den Ausstieg aus dem Atomausstieg. Das heißt: Solange ein Atomkraftwerk sicher ist, muss man seine Laufzeit nicht begrenzen."

14.3.2011 "Jetzt reicht es nicht mehr zu sagen: Die Kernkraftwerke sind sicher. Alles kommt auf den Prüfstand. Da gibt es keine Tabus!"

Mehr Informationen unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!

Mehr Informationen unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!